

Öffentliche Sitzung
des Verwaltungsausschusses
am Mittwoch, den 22.04.2020
via Videokonferenz

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:28 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Dr. Joachim Bläse

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

CDU

Herr Stadtrat Christian Baron

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

Herr Stadtrat Steffen Suer

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Die Linke

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Herr René Bantel

Herr Alexander Groll

Herr Ralph Häcker

Herr Markus Herrmann

Frau Ann-Kathrin März

Herr Helmut Ott

Herr Matthias Pflüger

Herr Klaus Stemmler

Frau Regina Stöckle

Presse

Frau Nicole Beuther
Herr Wolfgang Fischer
Herr Michael Länge

Rems-Zeitung
Gmünder Tagespost
Gmünder Tagespost

Gast

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Abwesend:**CDU**

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

SPD

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Corona-Pandemie: Bericht zur aktuellen Lage
- 2** Einführung eines Profils Garten, Tiere und Nachhaltigkeit an der Rauchbeinschule
hier: Bau eines Stalls zur Kleintierhaltung
- 3** Jugendsozialarbeit an Schulen - Antrag auf Fortführung der Schulsozialarbeit an den Schwä-
bisch Gmünder Schulen
- 4** Bedarfsplanung für die Bereiche Kindergarten und Betreuungsangebote für unter Dreijährige
- Kindergartenjahr 2020/2021
- 5** Bekanntgaben
- 6** Anfragen
 - 6.1** 75 Jahre Kriegsende
 - 6.2** Einfädelspur Verteiler Ost
 - 6.3** Rettungsschirm für Kommunen
 - 6.4** Fiebermessung in Schulen
 - 6.5** Zeitungsbericht zu Radwegen
 - 6.6** Einzelunterricht an Musikschulen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Corona-Pandemie: Bericht zur aktuellen Lage

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold berichtet, dass es für uns alle keine einfache Situation sei, die uns täglich vor Herausforderungen stellt. Wir seien bisher gut durch die Krise gekommen.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse berichtet von den aktuellen Corona-Zahlen im Ostalbkreis sowie dem Fieberzentrum.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste weist darauf hin, dass man keine FFP3-Masken verwenden solle, da diese ein Ventil hätten, durch die die Viren in die Umgebung gelangen.

Stadtrat Schneider/CDU erkundigt sich nach der Anzahl der Infizierten in Schwäbisch Gmünd.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse antwortet, dass man im Landkreis die Vereinbarung getroffen habe, keine detaillierten Zahlen in den Kommunen herauszugeben.

Wiederöffnung der Verwaltung

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass bereits ab dieser Woche Termine nach vorheriger Vereinbarung möglich seien, ab nächster Woche würden die Rathäuser wieder für den Publikumsverkehr geöffnet, dabei werde auf die entsprechenden Schutzvorkehrungen geachtet.

Die Bürgerinnen und Bürger dürften ab Montag – wie im Einzelhandel und im ÖPNV – nur mit Schutzmaske ins Rathaus. Für die Mitarbeiter erarbeite das Hauptamt momentan in Zusammenarbeit mit dem Personalrat und dem Betriebs- und Arbeitsmedizinischer Dienst (BAD) ein auf die örtlichen Verhältnisse und Räume zugeschnittenes Schutzkonzept.

Die Zugänge zu den Gebäuden seien nicht unbegrenzt möglich. Über eine Pförtner- und Lotsenfunktion werde man darauf achten, dass sich nicht zu viele Menschen gleichzeitig in den Räumen aufhalten.

Bibliothek und Stadtarchiv

Die Einrichtungen öffnen unter den gebotenen Schutz- und Hygienebedingungen ab Dienstag, 28. April 2020. Die Bibliothek werde in einem ersten Schritt dienstags bis freitags von 10 – 16 Uhr geöffnet haben.

Museum

Eine Öffnung der Museen sei nicht möglich. Man stelle sich auf eine Öffnung ab Dienstag, 5. Mai ein und bereite dies so vor. Man müsse auf die Richtlinien des Landes warten. Die Öffnung wäre Dienstag, Mittwoch, Freitag jeweils von 14 – 17 Uhr. Donnerstags bis 19 Uhr und Samstag und Sonntag von 11 – 17 Uhr

Wochenmarkt

Auch auf dem Wochenmarkt werde ab Mittwoch, 29. April 2020 eine Maskenpflicht eingeführt.

Sitzungen

Sitzungen fänden ab Mai wieder persönlich statt unter Einhaltung des Mindestabstands.

Die Ortschaftsratssitzungen finden daher in größeren Räumlichkeiten, bspw. Hallen, statt.

Der Gemeinderat gehe ins CCS (wahrscheinlich Leutze Saal). Am 6. Mai 2020 finde der BUAVA statt, am 13. Mai 2020 der Gemeinderat.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE fragt an, ob das Plastikfasten auf dem Wochenmarkt weiterhin bestehen bleibe, sodass jeder seine eigenen Dosen mitbringen könne. Es habe Irritationen gegeben.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass so wie bisher fortgefahren werde.

Stadträtin Heusel/SPD weist darauf hin, dass es aufgrund der Schließung der Gastronomie ein Toiletten-Problem auf dem Wochenmarkt gebe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die öffentlichen Toiletten weiterhin zur Verfügung ständen.

Herr Arnholdt erläutert die aktuelle Situation zur Wiederöffnung der Schulen sowie die erweiterte Notbetreuung. Er berichtet, dass man bis 04.05. die Rahmenbedingungen gemeinsam mit den Schulleitern so aufstellen werde wie vom Land vorgegeben. Man werde allen Schülern einen waschbaren Mundschutz zur Verfügung stellen. Für die Öffnung der Grundschulen gebe es aktuell noch keinen Termin. In den Kindergärten dürften die Gruppen maximal 50 Prozent der bisherigen Größe betragen, die Kriterien für die Notbetreuung seien klar definiert.

Herr Dengler bedankt sich für die gute Zusammenarbeit. Es sei aber alles zeitlich sehr knapp.

Herr Barthel bestätigt die gute Zusammenarbeit mit Herrn Arnholdt.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste hat das Gefühl, dass die Kleinsten vergessen werden. Viele Familien seien auf die Kinderbetreuung angewiesen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man bisher immer gute Lösungen gefunden habe. Allerdings habe man klare Vorgaben, man könne nicht frei darüber entscheiden, wer in die Notbetreuung dürfe und wer nicht.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse ergänzt, dass bisher keiner wisse, inwieweit Kinder dazu beitragen, das Virus zu verbreiten. Daher werde man dies näher untersuchen. Die Spielplätze seien bis zum 4. Mai geschlossen, man müsse sich hier an die Corona-Verordnung halten.

Stadtrat Baron/CDU bekräftigt, dass die Corona-Verordnung gelte und man sich daran halten müsse. Die Stadtverwaltung gehe sehr großzügig mit der Notbetreuung um und reize diese dankenswerterweise bis zum äußersten Rand aus.

Europäische Kirchenmusik

Herr Stemmler gibt bekannt, dass das Festival nicht wie geplant stattfinden könne. Man werde einen Ersatz suchen, man sei gerade dabei, kreative Ideen mit allen Beteiligten zu entwickeln.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man durch kreative Ideen den Geist des Festivals erhalten möchte. Dies wolle man gemeinsam mit den Gemeinderäten machen.

Stadtrat Baumhauer/CDU äußert, dass der Gesundheitsschutz verlange, dass man sich daran halte. Es wäre wichtig, dass man die Sachen nachhole, damit die Menschen die Chance haben, sich zu präsentieren und Einnahmen zu generieren.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Es sei nachvollziehbar, aber schmerzhaft, dass man das Festival absage. Er sei dankbar und gespannt darauf, was man entwickeln werde. Er sei sicher, dass es eine ganz besondere Aktion sein werde. Er wünscht viel Erfolg und viel Glück.

Stadträtin Heusel/SPD ist der Meinung, dass es weh tue, man aber keine anderen Möglichkeiten habe. Verschoben sei nicht aufgehoben, daher freue man sich, wenn man die Künstler 2021 oder 2022 zu uns holen könne. Man werde sich auch an dem Ersatz erfreuen können, man werde es unterstützen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE schließt sich den Vorrednern an.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen erläutert, dass 2020 kein Jahr wie jedes Jahr sei, es schmerze sehr. Man freue sich umso mehr aufs nächste Jahr. Es gelte, zu improvisieren und kreative Ideen zu entwickeln. Man müsse Schritt für Schritt auf Sicht fahren.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass nachdem auch andere Festivals und Feste abgesagt werden, es logisch sei, dass das EKM nicht stattfinde. Es sei schmerzhaft, aber es sei so.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW schließt sich den Vorrednern an.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man sich in der Festivalzeit schon zu erkennen geben möchte. Hier werde man sicher Ideen umsetzen können wie beispielsweise das Stadtglockenfest oder Veranstaltungen, in denen die Besucher in geschützten Räumen seien.

Aktuelle Lage und Umgang mit dem Corona-Virus in den einzelnen Partnerstädten

Oberbürgermeister Arnold berichtet von der Lage in den einzelnen Partnerstädten: Antibes: In Antibes sei seit zehn Tagen kein Bürger mehr positiv auf Corona getestet worden, es befinden sich 10 Patienten aufgrund des Corona-Virus im Krankenhaus und es gebe keine Verstorbenen. In Antibes gebe es seit dem 17. März Ausgangssperren, diese seien bis zum 11. Mai verlängert worden. Ab dem 11. Mai sollen dann Schulen, Kindergärten und Hochschulen sowie die Wirtschaft schrittweise geöffnet werden.

Bethlehem:

Die Stadt Bethlehem liege im Osten des Bundesstaates Pennsylvania. Aufgrund der Nähe zu New York gehöre Pennsylvania zu den meistbetroffenen Regionen der ganzen Welt. Da viele Einwohner Bethlehems zum Arbeiten nach New York pendeln, sei auch die Region um Bethlehem stark von der Ausbreitung des Corona-Virus betroffen. Die zwei Kreisverwaltungen, in denen Bethlehem liege, Lehigh County und Northampton County, zählten inzwischen insgesamt 3.839 Infizierte, davon seien 92 Menschen gestorben. Eine Kontaktaufnahme der Stadt Schwäbisch Gmünd mit den Zuständigen der Stadt Bethlehem sei bisher nicht erfolgreich gewesen, ein erneuter Versuch sei geplant.

Ein großes Problem der USA im Kampf gegen die Ausbreitung der Pandemie sei die starke Politisierung der Beschränkungen und Sicherheitsmaßnahmen. Äußerungen in der Diskussion über die Verschärfung bzw. Lockerung von Maßnahmen würden als ein Zeichen der Zugehörigkeit in ein politisches Lager gewertet (Pro oder Anti Trump). Aus diesem Grund fänden derzeit in der USA in rund 20 Bundesstaaten Demonstrationen gegen die aktuellen Beschränkungen statt und einige Menschen würden die vorgeschriebenen Maßnahmen missachten.

Barnsley:

Am 14. April habe eine Video-Konferenz zwischen Oberbürgermeister Richard Arnold und den Zuständigen in Barnsley, Mayor Pauline Markham und Leader of the Council Sir Stephen Houghton, stattgefunden. Zum Zeitpunkt des Telefonates zählte Barnsley ca. 300 Infizierte und 35 Tote. Heute, eine Woche später, zählte Barnsley bereits 476 Infizierte. Die Regierung lasse in Großbritannien zudem regionale Krankenhäuser bauen mit Kapazitäten für 3000 - 5000 Patienten. Die herrschenden Ausgangssperren in Großbritannien seien am Donnerstag, 16. April, bis in die erste Maiwoche verlängert worden. Während der Video-Konferenz zwischen Schwäbisch Gmünd und Barnsley wurde deutlich, dass die regionalen Verwaltungen keine medizinische Schutzausrüstung für Pflegerinnen und Pfleger in Altersheimen stellen können, da der Markt für Schutzausrüstung in Großbritannien momentan knapp sei. Aus diesem Grund arbeite das Personal der Altersheime in Barnsley bisher ohne Schutzausrüstung. Da der Ostalbkreis ausreichend medizinische Schutzausrüstung auf Lager habe, habe Schwäbisch Gmünd hier seine Hilfe angeboten. Am Mittwoch, 15. April., sendete die Stadtverwaltung eine Lieferung mit der folgenden Schutzausrüstung nach Barnsley: 2.300 Einweghandschuhe, 200 Kittel, 200 Atemschutzmasken (Typ FFP2), 200 Gesichtsschutzschilde sowie 2.000 Ersatzschilde. Die Lieferung sei am Dienstag, 21. April, in Barnsley eingetroffen. Mit dieser Ausrüstung können 200 Pflegerinnen und Pfleger in Barnsley vorerst versorgt werden und unter verbesserten hygienischen Standards ihre Arbeit durchführen. Die Kosten für diese Lieferung (ca. 3.000 € + 300 € Transport) trage die Stadt Schwäbisch Gmünd. Barnsley und Schwäbisch Gmünd

seien in Kontakt, um weitere Schritte zu prüfen. Falls notwendig, werde Schwäbisch Gmünd so schnell wie möglich eine zweite Lieferung mit medizinischer Schutzausrüstung nach Barnsley organisieren. Der Verein Städtepartnerschaften sei ebenfalls bereit zu helfen und werde in enger Abstimmung mit der Stadt ebenfalls Schritte zur Unterstützung der Einwohner Barnsleys durchführen.

Faenza:

Am 15. April habe eine Video-Konferenz zwischen Oberbürgermeister Richard Arnold und Sindaco Giovanni Malpezzi stattgefunden. Zum Zeitpunkt des Telefonates zählte Faenza 120 Infizierte und 11 Tote. Die Situation in der Partnerstadt sei unter Kontrolle und deutlich besser als in der restlichen Emilia-Romagna (insgesamt 23.092 Infizierte) oder z. B. der Lombardei (insgesamt 67.391 Infizierte). Dennoch seien nach wie vor alle Läden geschlossen und es herrschten Ausgangssperren. Italien führe zur Zeit Diskussionen über Exit-Pläne aus den Beschränkungen ab dem 4. Mai. Die gewählten Vertreter der Verwaltung in Faenza blieben aufgrund der aktuellen Situation noch bis zum Herbst im Amt, dann fänden Neuwahlen statt. Sindaco Giovanni Malpezzi werde nicht erneut zur Wahl antreten, sein Stellvertreter Massimo Isola werde wahrscheinlich erneut antreten.

Székesfehérvár:

Am 14. April habe eine Video-Konferenz zwischen Oberbürgermeister Richard Arnold und Polgarmester Dr. András Cser-Palkovics stattgefunden. Zum Zeitpunkt des Telefonates zählte Székesfehérvár 50 Infizierte und 10 Tote. Die Regierung in Ungarn rechne damit, dass ein größerer Ausbruch des Corona-Virus erst noch bevorstehe. Aktuell beständen in Székesfehérvár Ausgangsbeschränkungen, aber keine Ausgangssperren. Dr. Cser-Palkovics sehe eine Aufhebung der Beschränkungen erst im Juni/Juli als wahrscheinlich an. Ebenfalls habe die Stadt Székesfehérvár ihre Sporthalle in ein Krankenhaus für Infizierte mit mildem Krankheitsverlauf umgewandelt. In besonderen Situationen, z. B. über Ostern, erlaube die Regierung den Städten eigenständig noch strengere Maßnahmen zu treffen, die über die einheitlichen Beschränkungen hinausgehen.

Stadtrat Baron/CDU betont, dass man sich in einer Ausnahmesituation befinde. Die Stadtverwaltung arbeite sehr gut, mit Weitsicht, aber auch mit Besonnenheit. Hierfür spreche die Fraktion einen großen Dank aus. Die vielen Bemühungen seien der richtige Weg, hier dürfe man nicht nachlassen. Die vielen Entbehrungen führe aber auch an Grenzen. Alles, was maßvoll sei und ein bisschen zu Normalität und Stabilität reinbekomme, sei sinnvoll. Es stelle sich die Frage, was man mit den Vereinen, mit den Gastronomen und Einsamen mache.

Oberbürgermeister Arnold stimmt Stadtrat Baron zu. Man sei als Stadtverwaltung angespannt und die Situation sei belastend. Er erläutere, dass er ein sehr gutes Telefonat mit Staatsrätin Erler hatte. Er habe daraufhin einen Brief mit Vorschlägen formuliert wie man die Vereine unterstützen könne. Er leite den Brief an die Fraktionsvorsitzenden weiter.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt:

nachrichtlich an Amt: 10.2, 10.4, 30, 43, 44, 45

zu 2 Einführung eines Profils Garten, Tiere und Nachhaltigkeit an der Rauchbeinschule
hier: Bau eines Stalls zur Kleintierhaltung
Vorlage: 061/2020

Protokoll:

Herr Arnholdt stellt den Sachverhalt vor.

Herr Dengler (Geschäftsführender Schulleiter) betont, dass es eine Herzensangelegenheit sei, den Kindern etwas zu bieten, das über das normale Maß hinausgehe. Die Oase des Grüns sei ein richtiges Juwel. Die Tierhaltung sei der nächste große Schritt. Man habe ein Konzept ausgearbeitet, das alle Vorgaben erfülle und Sponsoren gefunden. Man sei nun soweit, dass man starten könne. Es komme nicht nur der Rauchbeinschule zugute, man werde es auch für die umliegenden Schulen öffnen.

Stadtrat Baron/CDU äußert, dass der Schulbauernhof viele Facetten habe. Man müsse das Thema differenziert betrachten. Die CDU-Fraktion werde zustimmen. Er möchte wissen, wer sich um die Tiere kümmere. Es stecke viel Sinnvolles hinter dem Konzept. Für den Schulbauernhof spreche soziale Milieu und die Umstrukturierung der Schule. Vielleicht sei es genau die Zeit, in der man solche Projekte brauche.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen bringt zum Ausdruck, dass man den Schulbauernhof begrüße. Toll sei auch, dass andere Schulen mit eingebunden werden. Ein Wehmutstroffen seien die hohen Kosten. Außerdem halte man eine pädagogische Fachkraft für die Tiere für unabdingbar. Man stimme dem Antrag zu.

Stadtrat Dr. Beck/SPD schließt sich den Vorrednern an. Das Projekt sei ein Wichtiges Zeichen. Man wünsche dem Projekt alles Gute und stimme zu.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erläutert, dass die Vorlage überzeugend gewesen sei. Man werde daher zustimmen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen freut sich, dass die Rauchbeinschule nun auch auf diesem Gebiet unterwegs sei. Sie sei erstaunt über die hohen Kosten gewesen. Eine Fachkraftbetreuung sei wichtig. Es gehe immerhin um Tiere. Sie werde zustimmen. Sie fragt, ob die Spenden auch für die Tierarztkosten ausreichen würden und wo die Tiere über den Winter seien. Außerdem möchte sie wissen, ob die Eingewöhnung der Tiere trotz Corona erfolgen könne.

Herr Dengler antwortet, dass keine allzu hohen Tierarztkosten anfallen würden, da sehe er keine Probleme. Man könne dies nicht mit Haustieren vergleichen. Im Winter seien die Tiere im Stall. Bei der Eingewöhnung müsse man schauen wie es sich entwickle. Auch über die Ferien seien Eltern und Lehrer engagiert, um sich um die Tiere zu kümmern.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass die hohen Kosten auf die erforderlichen Hygieneräume zurückzuführen seien.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste findet das Projekt eine gute Idee. Vielleicht sei das auch eine Idee für den Himmelsgarten und vielleicht könne man es auch um die Sommerferienbetreuung ausweiten.

Oberbürgermeister Arnold empfiehlt, dies nicht mit anderen Projekten zusammenschalte.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW fragt, ob die Investition vor dem Hintergrund Corona zwingend notwendig seien. Er schlägt daher vor, die Investition zu schieben bis man wisse, wo man mit dem Haushalt stehe.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man Projekte, die man bereits begonnen habe, weiterführen wolle.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse ergänzt, dass die Stadtverwaltung jede einzelne Maßnahme nochmals auf die Notwendigkeit prüfe. Am 6. Mai werde man die Stadträte hinsichtlich des Themas Finanzen informieren. Zum jetzigen Zeitpunkt könne keiner absehen, wo die finanzielle Reise hingehe. Was im Raum stehe, sei der Rettungsschirm. Wenn dieser zum Tragen komme, habe man eine einigermaßen solide Haushaltsbewirtschaftung. Derzeit könne keiner etwas zur Haushaltssperre sagen. Es gehe hier um den Bereich der frühen Bildung. Man sei immer der Auffassung gewesen, dass die Grundschulen der nächste Schwerpunkt sein müssten, da man hier in den letzten Jahren zu wenig gemacht habe. Es werde ein nachhaltiges Projekt sein, das der Grundschule eine sehr gute Perspektive geben werde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. An der Rauchbeingrundschule Schwäbisch Gmünd wird der Einführung eines pädagogischen Schulprofils mit dem Schwerpunkt Bildung für nachhaltige Entwicklung und einzelnen Bildungsbausteinen wie Schulbauernhof (Tierhaltung) Schulgarten, Streuobstwiese etc. zugestimmt.
2. Für die Umsetzung des Bildungsbaustein Schulbauernhof (Tierhaltung) wird der Bau eines Stallgebäudes zur Haltung von Schafen, Ziegen, Hühnern und Kaninchen mit entsprechender Einfriedung beschlossen. Die Gesamtkosten für das Stallgebäude betragen 110 000 Euro.
3. Dem Umbau eines Kellerraums zur Einhaltung der notwendigen Hygienemaßnahmen zum Umkleidebereich für die Aktivitäten der Kinder im Bereich Schulgarten, Schulbauernhof (Tierhaltung) und Streuobstwiese wird zugestimmt. Die Umbaukosten betragen hierfür 28 000 Euro.
4. Zur Unterstützung der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Tieren, sowie zur Abdeckung von Wochenenden und Ferienzeiten, erfolgt eine Aufstockung der Arbeitszeit im Bereich der Schulkindbetreuung in Höhe von 10 Stunden wöchentlich.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Jugendsozialarbeit an Schulen - Antrag auf Fortführung der Schulsozialarbeit
an den Schwäbisch Gmünder Schulen
Vorlage: 018/2020**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Dr. Bläse führt in den Sachverhalt ein. Man müsse die entsprechenden Förderanträge rechtzeitig einreichen.

Stadtrat Baron/CDU äußert, dass es weitergehen müsse und gute Arbeit gemacht werde.

Stadtrat Suer/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass nicht jeder das Glück habe, in eine gute Situation hineingeboren zu werden. Die Schulsozialarbeit trage zur Förderung der Chancengleichheit bei. Die Fraktion stimme daher zu.

Stadträtin Heusel/SPD erläutert, dass man inzwischen zehn Stellen in der Schulsozialarbeit habe. Die Schulsozialarbeit sei inzwischen als Qualitätsmerkmal angesehen. Sie sei unverzichtbar und daher werde man dem zustimmen. Man solle das Land bei den Kosten aber mehr in die Pflicht nehmen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE schließt sich den Worten an. Man müsse ein klares Signal setzen, dass es weitergehe.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen bringt zum Ausdruck, dass die Schulsozialarbeit heute genauso wichtig wie früher sei. Sie wünscht sich einen Bericht, wie es an den Schulen läuft.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste möchte ebenfalls mehr Unterstützung vom Land. Sie regt an, dass sich die Schulsozialarbeiter mal wieder den Gremienmitgliedern berichten.

Oberbürgermeister Arnold sichert dies zu.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW stimmt der Vorlage zu. Es gehe um eine Fortführung der Schulsozialarbeit, die sich bereits bewährt habe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

- A. Die Stadt Schwäbisch Gmünd führt die Schulsozialarbeit an der Mozartschule und Friedensschule mit jeweils 150 % fort (Weiterbewilligungsanträge).
- B. Die Trägerschaft behält die St. Canisius gGmbH. Die Stadtverwaltung stellt beim Landkreis und beim Land Baden-Württemberg bezüglich der betreffenden Schulen (vgl. A.) einen Antrag auf Weiterführung von Schulsozialarbeit.
- C. Die bislang eingerichteten Schulsozialarbeiterstellen sollen weiterbestehen bleiben (Schiller-Realschule mit WRS im Verbund 200 %, Grundschule Rauchsbeinschule 50 %, Grundschule Hardt 75 %, Adalbert-Stifter-Realschule 150%, Klösterleschule 100 %, Hans-Baldung-Gymnasium 50 %, Parler-Gymnasium 50 %, Scheffold Gymnasium 50 %).
- D. Die Stadt Schwäbisch Gmünd erstattet der St. Canisius gGmbH die entstandenen Kosten (Personalkosten inkl. Nebenkosten) und beantragt, koordiniert und vereinnahmt die Zuschüsse des Landes Baden-Württemberg und des Landkreises für alle Schulsozialarbeiterstellen der Stadt Schwäbisch Gmünd.
- E. Eine Überprüfung der Bedarfskriterien erfolgt weiterhin regelmäßig, um eventuell notwendig werdende Anpassungen zeitnah vornehmen zu können.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40

nachrichtlich an Amt:

zu 4 Bedarfsplanung für die Bereiche Kindergarten und Betreuungsangebote für unter Dreijährige - Kindergartenjahr 2020/2021
Vorlage: 032/2020

Protokoll:

Frau Stöckle präsentiert den Sachverhalt (PowerPoint siehe Anlage).

Herr Barthel erläutert, dass das Thema Elternbeiträge sehr kontrovers diskutiert werde. Ihn beschäftige das Thema, wie Eingewöhnungen in Zeiten von Corona möglich seien. Das ein oder andere Kind werde neu eingewöhnt werden müssen. Man könne die Plätze, die so geplant seien, gar nicht anbieten.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Fragen.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse bedankt sich bei Herrn Barthel für das Engagement und die Bereitschaft, Vorsitzender des Gesamtelternbeirats zu sein. Die Gebühren werde man entsprechend des Auftrags des Gemeinderats prüfen. Bei Corona habe man die Problematik, dass es nicht richtig gerecht werde. Auch ab Montag gebe es

kein Wunsch- und Wahlrecht bei der Notbetreuung. Für manche Familien werde es eine Neueingewöhnung erfordern. Dies sei schmerzlich, man habe aber keine Alternative. Aufnahmen müssen evtl. verschoben werden, auch der Einschulungstermin. Er spüre aber derzeit, dass die Eltern sich mehr darüber bewusst werden, dass das, was in der Kita geleistet werde, wirklich Geld wert sei.

Stadtrat Christian Krieg/CDU bedankt sich bei den Erzieherinnen und Erziehern, die auch in der derzeitigen Situation kreative Ideen entwickeln. Er dankt auch Oberbürgermeister Arnold sowie dem Amt für Bildung und Sport sowie den freien Trägern für die Entscheidung, die Kita-Beiträge auch im Mai auszusetzen. Man werde daher der Vorlage zustimmen. Er merkt an, dass er Little Bird nicht loben könne. Bereits kleine Änderungen würden deutliche Verbesserungen im Portal bringen. Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Anregung aufnehmen werde.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass die Kindergartenbedarfsplanung jedes Jahr ein großes Werk sei und bedankt sich für die gute Vorlage. Er denkt, dass die SPD-Fraktion auch noch auf das Volksbegehren eingehen werde. Man müsse nochmals darüber sprechen, zwischen U3- und Ü3-Plätzen einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Er bittet darum, über die Projekte, die aus dem Gute-Kita-Gesetz finanziert werden, im Sozialausschuss zu berichten.

Stadträtin Heusel/SPD bedankt sich ebenfalls für die Präsentation und die Vorlage. Die Bedarfsplanung sei jedes Jahr eine Herausforderung, die Planung werde erschwert. Es gebe ein gutes Netzwerk zwischen Verwaltung und Kindergärten. Die Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen sei zufriedenstellend. Sie fordert, dass das Land mehr Zuschüsse gebe. Die Stadt könne die hohen Investitionen nicht alleine stemmen. Man solle zur Beitragsfreiheit in Baden-Württemberg kommen, das Land müsse sich hier dringend bewegen. Was die Änderungsvorschläge der Eltern von Februar angehe, sei das Thema zu rigoros behandelt worden. Sie wünsche sich, nochmals in die Diskussion einzusteigen. Hier solle man kreative Lösungen suchen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE bedankt sich ebenfalls. Leitungszeiten seien sehr wichtig. Hier bleibe trotz des Gute-Kita-Gesetzes eine Lücke, man solle hier mit dem Land in Verbindung treten. Bei der Diskussion mit den Eltern zu den Gebühren gebe es unterschiedliche Sichtweisen. Die Grundvorgabe sei, dass die Qualität weiterhin gewährleistet sein müsse. Er bedankt sich bei denjenigen, die hervorragende Arbeit in den Kitas leisten.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen schließt sich den Vorrednern an. Es seien hohe Kosten, aber es sei eine gesellschaftliche Aufgabe, die man übernehmen müsse. Stadträtin Abele/Die Bürgerliste bedankt sich ebenfalls für die ausführliche Vorlage. Sie schließt sich den Vorrednern an. Sie hoffe, dass die frühkindliche Bildung bald wieder starten könne.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich ebenfalls. Hinsichtlich der Finanzierung interessiere ihn das Delta von 12 Mio. Euro.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erläutert, dass man bei der Planung darauf achten müsse, dass man nicht überplane. Wenn die Plätze nicht reichen, müsse man evtl. wieder ein TigER-Projekt starten, um flexibel reagieren zu können. Der Fachkräfte-

mangel sei nun auch in Schwäbisch Gmünd angekommen. Die Gebührenerhöhung um drei Prozent seien auf die drei Prozent Tarifsteigerung zurückzuführen. Die Leitungsfreistellung habe der Gemeinderat gebilligt. Man müsse einen Spagat zwischen Qualität und Gebühren stemmen. Eine Gebührenfreiheit könne man daher nur mit dem Land stemmen. Die 12 Mio. seien genauso auch im Haushalt abgebildet.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 5 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine Bekanntgaben.

zu 6 Anfragen

zu 6.1 75 Jahre Kriegsende

Protokoll:

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass man die 75 Jahre Kriegsende trotz Corona feiern sollte.

Oberbürgermeister Arnold betont die Wichtigkeit des Tages. Die Corona-Regeln sehe dies allerdings derzeit nicht vor, man müsse auf Sicht fahren.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10
nachrichtlich an Amt:

zu 6.2 Einfädelspur Verteiler Ost

Protokoll:

Stadtrat Kaiser/CDU bedankt sich für Einfädelspur am Verteiler Ost. Er findet es toll, dass man hier in Vorleistung und Ausführungsleistung für das Land gegangen sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 66

zu 6.3 **Rettungsschirm für Kommunen**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erläutert, dass er von einem Bundestagsabgeordneten erfahren habe, dass die Bundesregierung derzeit nichts hinsichtlich eines Rettungsschirms für Kommunen plane.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass derzeit regelmäßig Gespräche zwischen dem deutschen Städtetag und dem Finanzminister sowie Wirtschaftsminister stattfinden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 1, 3
nachrichtlich an Amt:

zu 6.4 **Fiebermessung in Schulen**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erkundigt sich, ob man in den Schulen auch Fieber messen werde und wie es mit dem ÖPNV aussehe.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse erläutert, dass keine Fiebermessungen vorgesehen seien. Es solle ein kontrollierter Zugang eingerichtet werden. Außerdem würden Desinfektionsspender aufgestellt. An allen Waschbecken werde man Reinigungsmöglichkeiten mit Seife und Einweghandtücher haben. Die Reinigungsintervalle werde man ebenfalls anpassen. Bezüglich des ÖPNV fänden derzeit Abstimmungsgespräche mit der Landkreisverwaltung statt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 3, 40
nachrichtlich an Amt:

zu 6.5 Zeitungsbericht zu Radwegen**Protokoll:**

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erkundigt sich, wie der Artikel in den Zeitungen hinsichtlich der Radwege zu verstehen sei.

Erster Bürgermeister Dr. Bläse antwortet, dass die Maßnahme grundsätzlich förderfähig, diese aber im Haushalt bislang nicht vorgesehen gewesen sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 3
nachrichtlich an Amt:

zu 6.6 Einzelunterricht an Musikschulen**Protokoll:**

Stadtrat Baron/CDU erkundigt sich, ob Einzelunterricht an den Musikschulen wieder stattfindet.

Oberbürgermeister Arnold und Erster Bürgermeister Dr. Bläse antworten, dass Musikschulen derzeit geschlossen seien. Es fänden entsprechende digitale Angebote statt. Die Regelung gelte allerdings nicht für die Musikschulen als Institution. Man werde es nochmals prüfen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 3
nachrichtlich an Amt

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat:

Gesehen!

Den
Stadtkämmerei: